

Ulf Biethahn
Landessprecher des
Bundesarbeitskreises der Seminar- und
Fachleiter/innen e.V. (BAK)
Westerallee 9
24937 Flensburg
E-Mail: u.b.flensburg@t-online.de



Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter/innen e.V.

Kiel, 12.5.11

Schleswig-Holstein

Stellungnahme zum Verordnungsentwurf der APO Lehrkräfte II zum 1.8.2011

Der BAK-Landesverband Schleswig-Holstein möchte seine Verantwortung für die zukünftige Gestaltung der zweiten Phase der Lehrerbildung wahrnehmen. Die im BAK organisierten Studienleiterinnen und Studienleiter haben diese Stellungnahme zum Verordnungsentwurf der APO Lehrkräfte II auf ihrer Mitgliederversammlung am 12. Mai 2011 beschlossen. Die Landessprecher des BAK Landesverbandes wurden aufgefordert, die Stellungnahme gegenüber den Verantwortlichen in der Politik nachhaltig zu vertreten.

1. Dauer des Vorbereitungsdienstes (§ 5)

Der BAK sorgt sich, dass - zusätzlich zur Verkürzung der Ausbildungszeit auf 18 Monate - Ausbildungstage, die nach dem Prüfungstag liegen, nicht verlässlich wahrgenommen werden. Die Aushändigung des endgültigen Zeugnisses sollte daher nur gegen Nachweis der seit der Zulassung zur Prüfung besuchten Ausbildungsveranstaltungen geschehen.

2. Zuweisung (§ 8)

Die in § 10 Abs. 2 verfügte Regionalisierung erfordert eine gezielte Zuweisung von LiV nach Ausbildungskapazitäten. Diese sollte nach einer Anfangsphase vorgesehen sein.

3. Ausbildung durch die Schule (§ 9)

Die Ausbildungskompetenz der Schulen ist in den vergangenen Jahren mit großem Einsatz der Kolleginnen und Kollegen vor Ort verbessert worden. Die Schulen haben in den vergangenen Jahren im Rahmen der Schulprogrammarbeit Ausbildungskonzepte erstellt, viele Schulen haben „Ausbildungsfenster“ eingerichtet und kollegiale Strukturen der Unterrichtsberatung eingerichtet. Es gilt, das Erreichte zu bewahren, weiter auszubauen und systematisch in reformierte Ausbildungsstrukturen zu integrieren. Bei der Umstrukturierung der Lehrerbildung

dürfen die entstandenen schulischen Strukturen nicht zerstört, sondern müssen als notwendige Ergänzung integriert werden.

- a. Bei der Qualifizierung der Ausbildungslehrkräfte (§9,6 des Verordnungsentwurfs) auf der Basis des Erlasses des MBF-III 40 vom 16. Juni 2006 dürfen keine Abstriche gemacht werden! Fast 4000 Lehrer/innen haben an aufwändigen, zeit- und kostspieligen Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen und sich zertifizieren lassen. Es wäre ein negatives Signal an die fortbildungswilligen Lehrkräfte, wenn der von ihnen geleistete Fortbildungsaufwand nicht weiter beachtet würde. Auch weiterhin werden qualifizierte Ausbildungslehrkräfte benötigt. Da den Ausbildungslehrkräften weniger Ausgleichsstunden als bisher zugesprochen werden können, müssen sie als Entschädigung zumindest im Umfang der spezifischen Qualifizierungsmaßnahmen für Ausbildungslehrer vom Unterricht freigestellt werden, damit diese Veranstaltungen ganztägig durchgeführt werden können und nicht noch zusätzlich zur Unterrichtsverpflichtung besucht werden müssen.
- b. Schulinterne Ausbildungsveranstaltungen, z.B. Hospitationen und Besprechungen sind weiterhin eine wichtige Säule der Ausbildung. Ein Gleichgewicht zwischen von der Schule und dem IQSH verantworteten Anteilen sollte erreicht werden.
- c. Beim Zusammenwirken von Schule und IQSH gilt es, eine eventuelle Überlastung der LiV durch zu viele Unterrichtsbesuche zu vermeiden.

Der BAK fordert deshalb, die Arbeitsteilung zwischen Schule und IQSH klar zu definieren: Eine Reihe von Themen der Ausbildung sind schulspezifisch. Diese Themen sollten vorrangig in den Schulen bearbeitet werden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien folgende genannt: Mitarbeit in den Gremien der Schule, Einführung in die Teamstrukturen, Elternabende gestalten, Nutzung von Intensivierungsstunden, Kontingenzstundentafel, schulrechtliche Grundlagen: Lehrerdienstordnung, Aufsichtspflicht usw.

4. Ausbildung durch das IQSH (§10)

Die Bildung von festen, regionalen Ausbildungsgruppen und die Durchführung regelmäßiger Ausbildungsberatungen erfordern zusätzliche Studienleiterstellen in erheblichem Ausmaß. In der Vergangenheit erwies es sich oft als schwierig, geeignete Bewerber/innen für ausgeschriebene Studienleiterstellen zu finden. Deshalb müssen aus Sicht des BAK die Arbeitsbedingungen für alle Studienleiter/innen nachhaltig verbessert werden, um kompetente Bewerber anzusprechen:

- a. Einrichtung zusätzlicher Stellen für hauptamtlicher Studienleiter/innen:
Um den hohen Zahlen an auszubildenden LiV und dem erhöhten Betreuungsbedarf gerecht zu werden, bedarf es zusätzlicher Stellen für hauptamtliche Studienleiter.
- b. Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten für nebenamtliche Studienleiter/innen:
Ein angemessener Prozentsatz an Beförderungsstellen muss an die nebenamtlichen Studienleiter/innen zu vergeben sein. Bisher waren nebenamtliche Studienleiter/innen bei der Vergabe von Beförderungsstellen an den Schulen oft benachteiligt.
- c. Qualifizierung der Studienleiter/innen:
Um eine effektive Qualifizierung der Studienleiter/innen zu gewährleisten, muss die „Systemzeit“ aufgestockt und es müssen geeignete Fortbildungsangebote für Studienleiter/innen zur Verfügung gestellt werden.
Neu einzustellende Studienleiter/innen müssen in qualifizierten Vorbereitungskursen intensiv auf die Ausbildungsaufgaben vorbereitet werden. Für diesen Zweck müssen erfahrene Studienleiter/innen freigestellt werden.
- d. Seminarräume:
Es muss gewährleistet sein, dass die Ausbildung an den Schulen in adäquat ausgestatteten Seminarräumen stattfinden kann.

5. Regionalisierung (§10 Abs. 2)

Der BAK begrüßt ausdrücklich die Einrichtung fester Ausbildungsgruppen, die überhaupt erst eine kompetenzorientierte, an der Persönlichkeit der LiV ausgerichtete Ausbildung ermöglichen. Ebenso werden alle

Anstrengungen begrüßt, um die zurzeit oft unerträglich langen Anfahrtswege zu den Veranstaltungen des IQSH zu verringern.

Der BAK hält es für nötig, für die geplante Regionalisierung vor dem Hintergrund unterschiedlicher Situationen in den Schularten und in den einzelnen Fächern flexible Lösungen zu ermöglichen. Es wird bei der Einrichtung von Ausbildungsgruppen darauf zu achten sein, dass flexible regionale Zuordnungen bedarfsabhängig ermöglicht werden.

Um eine schulortnahe Ausbildung in festen Gruppen zu gewährleisten, werden diese in der Regel semesterübergreifend einzurichten sein. Mit Zustimmung des Schulartbeauftragten können semesterhomogene Gruppen eingerichtet werden, sofern das Prinzip der Schulortnähe gewährleistet werden kann und dies vom Fachteam für erforderlich erachtet wird.

6. Ausbildungsberatungen (§11 Abs. 1)

Der BAK befürwortet die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsberatungen. Gemeinsame Unterrichtsbeobachtungen und die anschließende systematische, kriteriengeleitete Auswertung des Unterrichts sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis in der Ausbildung.

Der BAK hält es jedoch für nötig, dass die Pädagogik-Studienleiter/innen, die ein Drittel aller Ausbildungsveranstaltungen durchführen, in gleichem Umfang wie die Fachstudienleiter/innen an der Ausbildungsberatung beteiligt werden.

7. Hausarbeit (§ 12 und §13)

Der BAK begrüßt den Wegfall der Präsentation der Hausarbeit als Prüfungsteil (§12).

Der BAK hält eine Zweitkorrektur der Hausarbeit für unerlässlich. Diese dient einer höheren Bewertungstransparenz für die LiV und fördert den Austausch der Fachstudienleiter/innen über die konkrete Umsetzung von Bewertungskriterien.

8. Zulassung zur Prüfung:§18,2

Der BAK ist der Auffassung, dass die LiV nicht zugelassen wird, wenn die Hausarbeit mit „ungenügend“ bewertet worden ist oder die Dienstliche Beurteilung mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ abschließt.

9. Prüfungskommission (§ 19)

Die Pädagogik-Studienleiter/innen müssen an den Prüfungen zum Zweiten Staatsexamen beteiligt werden.

Es ist unangemessen, dass ein Vertreter der Kirche als vollgültiges Mitglied des Prüfungsausschusses das Recht hat, alle Prüfungsteile zu bewerten. Die Rolle des Kirchenvertreters muss neu definiert werden und darf sich lediglich auf das Unterrichtsfach Religion beschränken.

10. Prüfung (§ 20, 5)

Die Prüfung gilt als nicht bestanden, sofern insgesamt mehr als ein Prüfungsteil mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ bewertet wird.

Für den BAK-Landesverband Schleswig-Holstein

Ulf Biethahn